

PRESSEMITTEILUNG



Münchner Proteste wegen EU-Kompass für nachhaltige Finanzen
am 18.06.

Klima- und Anti-Atom-Initiativen protestieren anlässlich des EU-Wirtschaftsratstreffens vor den Vertretungen der EU-Kommission in München, Berlin und Bonn.

Am 18.06. findet das EU-Wirtschaftstreffen statt, auf dem über die sogenannte EU-Taxonomie verhandelt wird. Die EU-Taxonomie als mächtiges Förderinstrument des europäischen Green Deals klassifiziert nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten und es besteht die Gefahr, dass fossiles Gas und Atomkraft als ökologisch eingestuft werden.

Dieses Greenwashing von fossilem Gas und Atomkraft durch die Taxonomie hätte fatale Folgen für die zukünftige ökologische Ausrichtung unserer Energieversorgung. Durch eine positive Klassifizierung als nachhaltig entstehen konkrete Fördermöglichkeiten durch den Green Deal. Gleichzeitig übernehmen Banken und Versicherungen diese Einschätzung, was zu günstigeren Krediten und Versicherungspolicen führt. So würde diese Weichenstellung bei der EU-Taxonomie mehr Investitionen in fossile Gasinfrastruktur sowie längere Laufzeiten und Neubauten von Atomkraftwerken fördern. Dies steht im klaren Widerspruch zur Leitidee der Taxonomie nach dem "Do-not-significant-harm-Prinzip", also die Bedingung, dass finanzierungsfähige Projekte "keinen signifikanten Schaden anrichten" dürfen. Dies ist unbestritten ein K.O.-Kriterium für Atomkraft - u.a. wegen des Atommüll-Problems, der Unfallgefahr und den Risiken und Konsequenzen des Uranbergbaus. Gleichsam klimapolitisch unverantwortlich sind neue Investitionen in fossile Gasinfrastruktur – vor dem Hintergrund der starken Klimaschädlichkeit von Methangas als Hauptbestandteil von Erdgas.

Wir fordern Peter Scholz auf, eine wissenschaftsbasierte EU-Taxonomie gegen eine lobbybeeinflusste Taxonomie zu verteidigen. Es gilt, einen Kuhhandel zu verhindern, in dem sich Deutschland für fossiles Gas und Frankreich und osteuropäische Staaten für Atomkraft aussprechen und somit die positive Lenkungswirkung der Taxonomie fatal untergraben würde. Deutschland als wichtiger EU-Staat im Allgemeinen und Bundesfinanzminister Olaf Scholz im Speziellen kommt in dieser Entscheidung eine Schlüsselrolle zu. Vor dem Hintergrund des jüngsten Klima-Urteils des Bundesverfassungsgerichts liegt die Handlungsanweisung klar auf der Hand: "Raus mit Gas und Atom aus der EU-Taxonomie."

Hiermit laden wir Pressevertreter*innen um 14:00 Uhr zu unseren Protesten am Bob-van-Bentham-Platz 1 (der Vertretung der EU-Kommission in München) ein.